Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 3,90 M., ins Haus geliefert 4,25 M., durch die Post bezogen ohne Abtrag 4,34 M., mit Abtrag 45 Pfg. mehr, zusammen 4,79 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 20 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 35 Pf. Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 50 Pfg., für Auswärtige 65 Pfg., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 2spaltige Petitzeile 1,50 Mk. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung. Beilagegebühr nach Vereinbarung.

48. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt.“** Fernsprecher 224.

Nr. 5. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Dienstag, den 13. Januar. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | 1920.

Die drohende neue Krisis.

K.F.L. Lebensmittelsorgen, ungeheure Steigerung des Brotpreises und daraus entstandene Lohnfragen regen in Verbindung mit dem Schicksale des Betriebsrätegesetzes und der noch lange nicht zur Ruhe kommenden Steuergesetzgebung wieder einmal das gesamte öffentliche Leben in Deutschland derartig auf, daß wir in eine neue schwere Krisis über Nacht hineingeraten können. Das ist natürlich auch Wasser auf die Mühle der Spartakusleute und der Männer vom linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokraten, und sie sind augenscheinlich auch fest entschlossen, ihrerseits die günstige Gelegenheit nicht zu verpassen. Ihr Organ, die Berliner „Freiheit“ schreibt: „Die zweite Lesung der Vorlage im Plenum der Nationalversammlung steht bevor und unsere Genossen werden das unmög. he Gebilde ablehnen müssen. Zuvor muß die Arbeiterschaft jedoch noch einmal zu einer großen Bewegung ansetzen, um ihre Räteforderungen mit wuchtigem Nachdruck zu vertreten.“ Diese Kundgebung sagt deutlich, daß die Spartakusleute und ihr Anhang möglichst noch einmal den Versuch machen wollen, die Nationalversammlung in Berlin kaltzustellen und die Schreckensherrschaft einzuführen. Aber wenn diese Hoffnung der Spartakisten sich Dank der Besonnenheit der Mehrheitssozialisten und der Umsicht und Taktkraft des Reichswehrministers auch nicht so leicht erfüllen dürfte, so bleibt doch wieder die Gefahr des allgemeinen Streiks bestehen, und das Streikfieber beginnt schon überall wieder aufzuflattern. Bei den Streiks laufen aber auch schon immer wieder Vergewaltigungsversuche unter. So wurde nach einer Mitteilung des Wehrkreiskommandos in Essen an der Ruhr am 7. Januar in den Kruppschen Werken durch die Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten der Versuch gemacht, den ganzen riesigen Betrieb der Kruppschen Werke stillzulegen. Eine Woche von 16 Mann wurde überwältigt und erst ein herbeigerufenes größeres Polizeiaufgebot konnte die wütende Menge von ihrem Vorhaben abhalten, die Kruppschen Werke stillzulegen. Auch haben in den letzten Tagen in Essen und anderen Städten Westfalens Massenversammlungen der Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten gegen den Belagerungszustand, der noch im Ruhrkohlenrevier herrscht, stattgefunden, und sind aus diesen Massenversammlungen die Teilnehmer vielfach mit schweren Drohungen auseinander gegangen. Die Kommunisten im Ruhrgebiete wollen auch mit Gewalt die Einführung des Sechsstundenarbeitstages erzwingen und muß dieserhalb der Belagerungszustand noch aufrecht erhalten werden. Man erfährt auch aus Dresden, daß von unbekannter Seite, aber natürlicherweise von den Kommunisten, viele Flugblätter an die Staatsbeamten geschickt worden sind, die direkt zur Untreue gegen die Regierung und zur Mithilfe bei dem Sturze der Regierung auffordern. Auch ist im Versicherungsgewerbe von Berlin aus der Generalstreik verkündet worden, und wird derselbe im ganzen Deutschen Reiche wohl mehr als 100000 Angestellte und 350 Gesellschaften betreffen. So sehen wir denn eine ganze Anzahl Erscheinungen, die eine neue schwere Krisis in Deutschland hervorrufen können. Als ein Lichtblick gegenüber einer solchen Gefahr kann die Mitteilung angesehen werden, daß die erst vor wenigen Tagen von Berlin aus gemeldeten sehr beunruhigenden Nachrichten über den bevorstehenden Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung in Deutschland nicht unrichtig sind. Mag eine großzügige Aktion in der Frage der Volksernährung von Seiten der Regierung die drohende Krisis beseitigen helfen.

Westliche Wahlschlachten.

Vor den Wahlen in Frankreich, Nordamerika und England.

Am Sonntag wird in Paris der neue Senat gewählt. Inzwischen wird der Versailler Friede endgültig in Kraft getreten sein, dieser Frieden, der Frankreichs Stellung nur scheinbar befestigte, wirtschaftlich aber alle Kriegswunden weiter offen läßt. Die Erkenntnis aus der wirtschaftlichen Lage Frankreichs ist von den Pariser Machthabern nicht gezogen worden. Es herrschen noch immer die überkommenen politischen Begriffe, daß Deutschland, selbst ein niedergeworfenes und wirtschaftlich zerrüttetes Deutschland, räuberischer Nachbar Frankreichs sei. Und aus dieser Psychose heraus wird die Herrschaft Clemenceaus und die europafeindliche Politik Frankreichs erklärlich, deren wirtschaftliche Folgen sich gegen das Land selbst richten. Vorläufig überwiegt also die alte politische Linie im Lande der Gallier, und Clemenceau hat darauf als Menschenverächter und Menschenkenner nicht nur seine gesamte Kriegspolitik, die mit unerhörter Härte diktatorisch vorging, eingerichtet, sondern auch seine Friedenspolitik. Diese Friedenspolitik ist die Fortsetzung des französischen Revanchekrieges gegen Deutschland mit anderen Waffen. Und Clemenceau ist Rufer im Streit . . .

Er wird als Präsident gekürt werden. Die Präsidentenwahl in Paris erfolgt mit Hilfe einer wohlgeölten Maschinerie. Ueberraschungen sind ausgeschlossen. Nicht das Volk wählt den Präsidenten, wie es künftighin in Deutschland der Fall sein wird, sondern eine kleine Clique von Clemenceau ergebenen und seiner falschen Politik folgenden Politikern. Bei der Wahl Clemenceaus ist von vornherein alles „totsicher“. Das Zünglein wird nicht hin und her schwanken wie bei der Wahl des jetzigen Präsidenten Poincaré, der im Jahre 1913 im ersten Wahlgang 180 Stimmen gegen Pams, der 174 auf sich vereinte, erhielt. Auch in der zweiten Abstimmung erhielt er nur 272, während Pams ihn mit 283 überflügelte. Erst am 17. Januar 1913 ging Poincaré als „Advokat der Revanche“ mit 483 Stimmen im zweiten Wahlgang als Sieger hervor. Dieses Mal wird Clemenceau die absolute Mehrheit von rund 430 Stimmen sicherlich im ersten Wahlgang auf sich vereinen. Die Politik Frankreichs wird also keine Wandlung erfahren. Und wir müssen festhalten: der französische Revanchekrieg gegen uns wird mit anderen Waffen gegen uns fortgesetzt . . . Frankreich verharrt im Banne seiner formalen Demokratie, treibt aber unter Ueberspannung seiner Kräfte imperialistische Politik, wie sie schlimmer unter einem absoluten Monarchismus nicht getrieben werden könnte.

Das schärfste Bild von Weltmachtsbestrebungen bieten aber die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Nachdem Wilson, der falsche Prophet der wahren Demokratie, gehirnkrank geworden ist, dreht sich die amerikanische Politik im wesentlichen einmal um die Kämpfe zwischen den Republikanern und Demokraten, deren von der Großfinanz und den Trustherren bezahlte Organisation die Wahlen macht, dann aber hauptsächlich (und darin sind beide Parteien eines Sinnes) um die Befestigung der Vereinigten Staaten als Weltwirtschaftsdiktator. Der Streit der Demokraten und Republikaner ist lediglich ein Zank um den Weg, nicht um das Ziel. Die republikanische Parteiorganisation verspricht den Arbeitern einen Anteil am Unternehmergewinn und verlangt einen besseren Ausgleich zwischen Produktionsergebnis und Löhnen, ist im wesentlichen aber durchaus von der Idee der staatlichen Nichteinmengung in den wilden Wirtschaftskampf getragen. Ein volkstümlicher Kandidat für den Posten Wilsons ist von den Republikanern noch nicht gefunden worden, aber auch im gegnerischen demokratischen Lager ist kein schlagkräftiges Wort und kein „großer Mann“ vorhanden. Bryan, der ewige Durchfallskandidat, hat viel amerikanischen Lärm für die Annahme des Friedensvertrages durch Senat und Repräsentantenhaus geschlagen und versucht, sich so als Präsidentschaftskandidat in empfehlende Erinnerung zu bringen. Seine Konkurrenten in der eigenen Partei, vor allem der frühere Botschafter in Berlin, Gerard, arbeiten aber kräftig gegen ihn.

Die Präsidentschaftswahlen im November 1920 werden im wesentlichen jenseits des Teiches ein Kampf der beiden großen Parteimaschinen sein. Dagegen sind die Wahlen zum englischen

Die Allwördens.

Roman von Fr. Lehne.

Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W 30.
(Nachdruck verboten.)

52. Fortsetzung.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Die Vorstellung war zu Ende. — In der Garderobe war Lori Berger schweigend ihrer Herrin behilflich, den seidengefütterten Mantel umzulegen, die auch kein Wort sprach. Beide waren noch tief ergriffen von dem Drama des fliegenden Holländers, das erschütternd an ihnen vorübergerauscht war. — Schweigend schritten sie die breiten Freitreppen des Hoftheaters hinunter, an deren Fuße ihnen mit ehrerbietigem Gruß ein Herr entgegentrat. — „Ah, Graf Allwördens.“ — Frau von Matthes streckte, freudig überrascht, dem Legationsrat Rüdiger von Allwördens die Hand entgegen, die er an seine Lippen führte. „Waren Sie auch im Theater?“ — „Ja, gnädige Frau, und zwar mit meinem Bruder. Ich bin ihm vorausgeeilt, um Sie noch zu erreichen; denn ich hatte Sie erst nach der Aufführung gesehen. So mußte ich auf das Vergnügen verzichten, Sie schon früher zu begrüßen.“ — Er reichte auch Lori die Hand. Berückend schön sah sie aus. Wie Schnee lag der duftige, weiße Spitzenschleier auf ihrem dunklen Haar; ihre Augen leuchteten in sanftem Glanz aus dem wunderschönen Gesicht, das einen feierlichen Ausdruck trug. — Graf Ottokar trat da zu der kleinen Gruppe. Lori sah ihn zum ersten Male wieder, und sie war erschrocken, wie alt er geworden war. Das Haar war vollständig ergraut, tiefe Falten furchten das Gesicht, die Augen hatten einen müden, erloschenen Blick. Mit warmen, herzlichen Worten begrüßte er Lori. — Man sprach über die Vorstellung, wie großartig die Darstellung der Oper gewesen war. — Da warf der Legationsrat die Frage auf, ob man nicht noch ein Stündchen gemütlich zusammen verplaudern wolle. — „Ja, und zwar bei mir, wenn die Herren einverstanden sind und noch ein Glas Tee bei mir trinken wollen! Ich würde mich freuen,“ bemerkte Frau von Matthes lebhaft. — Man nahm an; die vier Menschen schritten am Hoftheater entlang, bogen in die Marschallstraße ein, gingen am Armeemuseum vorüber, durch das Hofgartentor, bis nach der Königinstraße in der Frau von Matthes wohnte. — Es war ein schöner Winterabend. Silbern glitzerte das Mondlicht auf dem Schnee. Eine erquickende klare Luft wirkte doppelt wohltuend nach dem Aufenthalt im Theater; deshalb hatte man verzichtet, diese kurze Strecke zu fahren. — Es fügte sich, daß Rüdiger neben Lori ging. Er hatte sie sehr lange nicht gesehen hatte auch vermieden, sie zu suchen und zu treffen — er wollte mit seiner törichten Liebe fertig werden. Und doch hatte er ihren Anblick entbehrt. An der unsinnigen Freude, mit der er sie heute abend im Theater plötzlich entdeckt hatte, fühlte er, daß er sie doch nie vergessen konnte, daß seine Liebe ihn ganz erfüllte und immer tiefer und stärker geworden war. — Unauffällig beobachtete er Lori. Wie schön sie war! Aus dem leicht ausgeschnittenen, weißen Kleide reckte sich ihr weißer Hals so anmutig und trug so stolz den feinen, rassigen Kopf mit dem dunklen Haar, dessen seltene Schönheit jetzt, nachdem es modern aufgesteckt war, viel mehr zur Geltung kam, als in der schlichten Zopffrisur. Ihr wunderbar rein und edel geschnittenes Profil war ihm noch nie so aufgefallen; er wurde nicht müde, sie zu betrachten. Jede Linie entzückte ihn. Er hatte sich beeilt, um die Damen ja nicht aus den Augen zu verlieren. — Auf eine Frage Loris bemerkte er jetzt: „Allerdings hatte es Mühe gekostet, meinen Bruder einmal ins Theater zu führen; er gibt sich seinem Kummer zu rückhaltlos hin.“ — „Und nun mußte er mich so unverwutet sehen, mich, deren Anblick ihn doch wieder an alles erinnern muß,“ seufzte sie, „dieser Gedanke ist sehr bedrückend für mich.“ — „Dazu ist keine Ursache Fräulein Berger.“ — „Und wie geht es Gisli? Ich habe oft Sehnsucht nach ihr —“ — „Schwerlich so viel, wie Gisli nach Ihnen! In jedem Briefe spricht sie von Fräulein Nora. Es geht ihr in Bonn ganz gut, doch leidet sie sehr unter der Trennung von ihrem Vater und Langefeld! Mitunt das Kind leid.“ — „Und Frau Gräfin Allwördens?“ — Sie ist immer auf Reisen. Doch nun zu Ihnen, Fräulein Berger! Wie fühlen Sie sich?“ — „Jeden Tag, Herr Graf, denke ich voll Dankbarkeit an Sie!“ entgegnete sie lebhaft, „denn Ihnen — —“ — „Sie denken an mich?“ unterbrach er sie leise in verhaltenem Ton. — Sie kämpfte mit einer leichten Verlegenheit. Hatte sie sich so ungeschickt ausgedrückt? Offen hob sie den Blick zu ihm. — „Ja, Herr Graf, denn nur Ihnen hab' ich es zu verdanken, daß ich bei Frau von Matthes sein darf, daß ich so gute Stellung gefunden habe.“ — „Das waren wir Ihnen nach allem schuldig, und es freut mich, zu hören, daß Sie befriedigt sind.“ — „Mehr als das, Herr Graf — Frau von Matthes ist so gütig. Ich weiß kaum, ich vergesse es, daß ich unter Fremden bin.“

— — — —

Unterhause im zeitigen Frühjahr entscheidend für Englands Stellung in der Weltpolitik. Zum ersten Male rüstet sich die Arbeiterpartei, die Massen gegen das bisherige politische System Englands wohl zu machen. Die bisherigen Nachwahlen haben den Liberalen und den Anhängern Lloyd Georges trotz allen Anstrengungen entscheidende Niederlagen gebracht, und diese Niederlagen werden von der englischen Presse dahin ausgebeutet, daß Lloyd George und das bisherige englische Regierungssystem einen ernsten und folgenschweren Stoß der britischen Massen auszuhalten haben, die Gegner einer Politik der Ausbeutung anderer Nationen sind. Immerhin ist diese Gesinnung der Gegner Lloyd Georges in dem Augenblick zum Umfall bereit, da es sich für den britischen Arbeiter darum handelt, als Regierender die Früchte aus der Versklavungspolitik Englands hauptsächlich einzuheimsen.

Sicherstellung der Brot- und Kartoffel-Versorgung.

Auffassung der Regierung.

Wtb. Berlin, 8. Januar. Die beunruhigenden Mitteilungen über den in der nächsten Zeit bevorstehenden Zusammenbruch der Brotversorgung sind unrichtig. Es trifft vor allem nicht zu, daß die Reichsgetreidestelle nur noch für 14 Tage die Versorgung wird aufrechterhalten können. Sie ist vielmehr auf Grund der erfolgten Lieferungen und der ihr zurzeit angekündigten Verladungen von Getreide auf etwa 1 bis 1½ Monate gedeckt. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen ist ein Steigen der Anlieferungen, das die Versorgung weiter sicherstellt, um so bestimmter zu erwarten, als die deutsche Getreideernte nicht ungünstig war. Eine gewisse Zurückhaltung in den Anlieferungen im Dezember ist nur darauf zurückzuführen, daß man in landwirtschaftlichen Kreisen die Einführung der Ablieferungsprämie abwartete, deren Kommen aus den mit den Vertretern der Landwirtschaft gepflogenen Besprechungen bereits bekannt war. Hinsichtlich des gegen Ende des Versorgungsjahres zu erwartenden Defizits wird Deckung durch entsprechende Einfuhr sichergestellt. Durch die kürzlich getroffene Neuregelung der deutschen Warenausfuhr steht bestimmt zu erwarten, daß die Reichsregierung ausreichende Auslandsdevisen in Händen haben wird, um den notwendigsten Getreidebedarf für den Schluß des Versorgungsjahres sicherzustellen.

Berlin, 8. Januar. Ein Mitarbeiter der „Voss. Ztg." erkundigte sich an maßgebender Stelle, wie es tatsächlich mit den Vorräten und um die Aussichten unserer Kartoffelversorgung für die nächste Zukunft bestellt ist. Danach sieht es im Augenblick für die großen Gemeindeverbände in der Tat wenig günstig mit ihrer Kartoffelversorgung aus. Dennoch wird sich die Belieferung der Städte mit Kartoffeln beim Eintritt offenen Wetters wieder bessern. Die Kartoffelverladung auf der Eisenbahn ist erst möglich, sobald das Thermometer auf 2 Grad unter Null gesunken ist, da die Kartoffeln ja nicht unmittelbar von der Miete in die Eisenbahn verladen werden, sondern auch noch zum Teil recht erhebliche Wege auf offenen Wagen von der Miete bis zur Eisenbahn zurücklegen müssen. Auch kann der Landwirt bei starkem Frostwetter seine Kartoffelmieten nicht öffnen, da sonst die in der Miete noch verwahrten Kartoffeln erfrieren würden. Es steht völlig fest, daß auf dem Lande heute noch so viel Kartoffeln vorhanden sind, um die Kartoffelversorgung bis Ende Juli für das ganze Volk zu gewährleisten. Zu diesen Feststellungen ist die maßgebende Stelle nicht etwa nur auf Grund papierner Statistiken gekommen, sondern durch tatsächliche Ermittelungen und Stichproben, sodaß die auf dem Lande noch vorhandenen Kartoffelvorräte für sie jederzeit greifbar sind. Man kann annehmen, daß nach dem Eintritt wärmeren Wetters es möglich werden wird, die großen Kommunalverbände so mit Kartoffeln zu beliefern, daß mindestens 5 Pfund für Kopf und Woche ausgegeben werden können. Diese Hoffnung bleibt bestehen, obgleich bedauerlicherweise infolge des kalten Wetters bereits 4½ Millionen Zentner Kartoffeln erfroren und für die menschliche Ernährung nicht mehr zu verwerten sind. Auch muß berücksichtigt werden, daß, selbst wenn sich die Kartoffelversorgung noch weiter unter so ungünstigen Umständen vollzieht, uns nicht unerhebliche Kartoffelmengen aus dem Auslande und zwar vorwiegend aus Holland, Dänemark und Polen, zur Verfügung stehen.

Milderung der Zwangswirtschaft?
Verhandlungen mit den Landwirten.

Berlin, 11. Januar. Die drohende Gefährdung unserer Volksernährung und die dringenden Alarmrufe, die der Magistrat von Berlin und hervorragende Ernährungsphysiologen, wie Exz. von Braun und Geheimrat Professor Dr. Rubner, an die Regierung richteten, scheinen nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Wie der „Abend" hört, sind von der Regierung die Vertreter der deutschen Landwirtschaft nach Berlin berufen worden, um über eine großzügige Aktion zu beraten. Die Verhandlungen werden in dieser Woche im Reichswirtschaftsministerium beginnen. Welche Stellung die Ernährungsbehörden einnehmen, und ob sie sofort mit bestimmten Vorschlägen an die Landwirtschaft herantreten werden, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Doch ist, wie verlautet, damit zu rechnen, daß die Regierung die Zwangswirtschaft in erheblichem Maße mildern wird.

Verkehrslage bei der Eisenbahn.

WTB. Berlin 9. Januar. Aus dem Reichsverkehrsministerium wird gemeldet: Die immer wieder auftretende Nachricht, die Regierung beabsichtige, demnächst erneut wie im November vorigen Jahres den Personenzugverkehr auf einige Zeit nahezu völlig zu sperren, gibt Veranlassung zu folgender Mitteilung:

Es besteht zurzeit kein unmittelbarer Anlaß zu einem solchen, das gesamte Erwerbsleben, wie die Eisenbahnfinanzen schwer schädigenden Eingriff. Im Anschluß an die Novembersperre ist der Personenzugverkehr gegenüber dem für den Winter vorgesehenen Plan erheblich eingeschränkt worden. Diese Anordnung hat zusammen mit anderen Maßnahmen, so namentlich mit der stärkeren planmäßigen Heranziehung der Schiffahrt genügt, um den Betrieb so flüssig zu halten, daß die lebenswichtigen Güter, Kohlen, Getreide, Kartoffeln, im allgemeinen glatt befördert werden konnten. Auch den Forderungen hinsichtlich der Lebensmitteltransporte konnte die Eisenbahn gerecht werden, sodaß etwa eingetretene Stockungen in der Versorgung einzelner Bezirke nicht ihr zur Last gelegt werden dürfen. Die Frostperioden, die wir bisher durchzumachen hatten, haben zwar die Betriebslage jeweils wesentlich verschlechtert. Auch das Hochwasser im Westen hat natürlich ungünstig gewirkt, doch waren die Störungen zum Glück nicht so anhaltend, daß nicht rasch wieder ein Ausgleich hätte erreicht werden können.

Es ist zuzugeben, daß die Betriebslage auch heute noch recht schwierig ist, und daß längeres Frostwetter oder Streiks zu erheblichen Störungen führen können. Weiter tritt eine Erschwerung der Betriebslage mit der Vollziehung des Friedens insofern ein, als Truppentransporte nach den Abstimmungsgebieten durchzuführen sind und die Eisenbahnen sich auf die Erfüllung der nationalen Ehrenpflicht einrichten müssen, die uns nun endlich freizugebenden Gefangenen möglichst rasch der Heimat zuzuführen. Auch die Beförderung der Wähler nach den Abstimmungsgebieten wird die Leistungsfähigkeit der Eisenbahn nicht unerheblich in Anspruch nehmen. Das Maß der hierdurch eintretenden Mehrbelastung der Eisenbahnen läßt sich heute noch nicht übersehen. Ist es nicht allzugroß, und trifft die Mehrbelastung nicht zusammen mit Betriebsstörungen der oben bezeichneten Art, so wird sich die Regierung gewiß nicht zu einer Einstellung des Personenzugverkehrs entschließen.

Politische Rundschau.

Verschiebung der Friedensratifikation und kein Ende.

KFB. Wie die Pariser Blätter mitteilen, kann der Austausch der Urkunden zur Friedensratifikation weder am 10., noch am 12. Januar stattfinden, sondern die Ratifikation könnte frühestens am 15. Januar vorgenommen werden. Gegenüber diesen fortdauernden Verzögerungen in Bezug auf den Austausch der Friedensprotokolle wird nun nichts anderes übrig bleiben, als geduldig abzuwarten, wann es den Herren in Paris gefallen wird, den Frieden endlich definitiv zu verkündigen. Jetzt wird auch wieder aus Paris berichtet, das man am 8. Januar wieder eine Besprechung über die allgemeinen Fragen der Entschädigung für die versenkten deutschen Kriegsschiffe vorgenommen hat, und daß die einzelnen Beratungen darüber erst im Laufe der Woche beendigt werden könnten. Günstiger lauten die Nachrichten über die Rückkehr der noch in Frankreich weilenden deutschen Kriegsgefangenen. Die Franzosen wollen sofort nach der Ratifizierung des Friedensvertrags mit der Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen beginnen und sollen bis Ende April alle 450 000 deutsche Kriegsgefangenen über die Städte Düsseldorf, Worms, Mannheim, Limburg und Appenweiler zurückbefördert werden.

Der Reichspräsident über die Lebensbedingungen der deutschen Industrie.

KFB. Der Reichskanzler hat am 7. Januar in Gegenwart des Reichskanzlers, des Reichsjustizministers und des Reichsschatzmeisters die Präsidenten des Reichsverbandes der deutschen Industrie empfangen. Nach der gegenseitigen Begrüßung ergriff der erste Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Sorge, das Wort und schilderte die Lage der deutschen Industrie und gab dabei der schweren Besürchtung Ausdruck, ob die innere politische Entwickelung Deutschlands der Industrie die Möglichkeit lassen werde, sich bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau so zu betätigen, wie es ihrem Willen und der Not der Zeit entspreche. Gelinge es nicht, die industrielle Produktion auf eine solche Höhe zu bringen, daß sie eine große und steigende Ausfuhr ermögliche, so würden sich die Feinde Deutschlands, unsere Gläubiger, mit unserem Besitze an Grund und Boden, Bodenschätzen und Werkstätten bezahlt machen. Eine solche Entwickelung der deutschen Wirtschaft würde zum Verderben Europas ausschlagen. Das Beispiel Rußlands beweise, daß eine kraftvolle industrielle Leistung nur durch die Selbständigkeit der Unternehmer zu erzielen sei. Die deutschen Industriellen seien bereit, große finanzielle Opfer zu bringen, sie hielten aber eine Gesetzgebung für verderblich, welche den Unternehmern die Entschlußfreiheit nehme und das Betriebskapital wegsteuere. So weit diese Gesetzgebung noch in Vorbereitung sei, warne die deutsche Industrie noch einmal vor einer allzuschweren Belastung und weise auf die drohende Gefahr eines Zusammenbruches hin. Es dürften auch die Interessen der Verbraucher nicht einseitig berücksichtigt werden, und um die deutsche Wirtschaft wieder aufbauen zu können, bedürfen wir einer einheitlichen und kraftvoll durchgeführten Produktionspolitik. Der Reichspräsident werde daher gebeten, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß im neuen Jahre die Politik des Reiches mit Umsicht, Ausdauer und Entschlossenheit, nach der Seite einer kraftvollen Produktionspolitik geleitet werde. Der Reichspräsident erwiderte, daß er vollauf die große Bedeutung der Industrie für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens anerkenne, und daß in deren Wiederbelebung und vollster Entfaltung die wichtigste wirtschaftliche Aufgabe der Gegenwart zu erblicken sei.

Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen Hollands mit Deutschland.

Der Amsterdamer Telegraph meldet, daß zwischen Holland und Deutschland Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Wirtschaftsabkommens stattfinden. Von holländischer Seite wird dabei hauptsächlich gewünscht, daß Deutschland Kohlenlieferungen für mehrere Jahre hinaus zusichern soll. Es wird sich dabei fragen, ob die erhöhten Kohlenlieferungen Deutschlands an Holland mit dem Friedensvertrage vereinbar sein werden.

Zur Frage der wirtschaftlichen Versorgung Deutschlands.

KFB. Eine Reihe nachteiliger Umstände hatte die genügende Versorgung der Bevölkerung in den deutschen Städten mit Brot und Kartoffeln wieder einmal in Frage gestellt. Glücklicherweise waren aber die dabei ausgesprochenen Befürchtungen wesentlich übertrieben. Die Lieferungen von Getreide und Kartoffeln haben sich in der letzten Zeit nach den Auskünften der Reichswirtschaftsstelle wieder gehoben und sind dadurch die Ernährungssorgen für die städtische Bevölkerung Deutschlands beseitigt und die beunruhigenden Mitteilungen über den bevorstehenden Zusammenbruch der deutschen Lebensmittelversorgung unrichtig.

Günstiger Verlauf der Verhandlungen mit den Eisenbahnern.

KFB. Nach einer Berliner Meldung haben die Verhandlungen zwischen den Verbänden der Eisenbahner und der Regierung einen günstigen Verlauf genommen, sodaß mit der baldigen Beendigung der Krisis gerechnet werden kann. Die Verhandlungen beziehen sich hauptsächlich auf eine Neugestaltung des Lohntarifs mit den Organisationen der Eisenbahnarbeiter, und ist bereits ein Einverständnis über die Bildung der Lohnortgruppen in den Eisenbahndirektionsbezirken Köln, Saarbrücken, Elberfeld und Essen erzielt worden. Es ist deshalb unter den Eisenbahnern auch nirgends zu einem Streike gekommen.

Haltlose Gerüchte über eine neue Verkehrssperre.

KFB. Von verschiedenen Seiten sind wieder Nachrichten über eine neue bevorstehende Verkehrssperre in Deutschland verbreitet worden. Von Berlin aus wird dazu amtlich mitgeteilt, daß diese Gerüchte jeder Begründung entbehren.

Lettischer Einzug in Dünaburg.

Kopenhagen, 7. Januar. Das lettische Presse-Büro in Kopenhagen teilt mit: Am 3. Januar morgens begann die lettische Offensive gegen die Bolschewisten in der Gegend Riga-Dünaburg. Um 2 Uhr hielt das lettische Heer seinen Einzug in Dünaburg, gleichzeitig mit den polnischen Truppen, die von Süden kamen. Die lettischen und polnischen Truppen setzen ihren Vormarsch längs der Eisenbahnlinie Dünaburg-Pikow fort.

Münchens Kartoffelverlegenheit.

München, 8. Januar. München ist nur noch auf drei Wochen mit Kartoffeln versorgt. Der Stadtmagistrat ersucht die Bevölkerung, sich mit gelben Rüben einzudecken.

Treibereien für eine Republik Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 8. Januar. Von der Insel Sylt wird eine Meldung über Bemühungen von Personen, hinter denen man Sendlinge in englischem Sold vermutet, um Schaffung einer Republik Schleswig-Holstein unter Anlehnung an England verbreitet. Die Meldung gibt auch das Gerücht wieder, daß den britischen Besatzungstruppen im englischen Verbedienst besonders ausgebildete Offiziere mitgegeben werden, um in Schleswig-Holstein Sympathie für England zu gewinnen, dem es um Erlangung eines starken Stützpunktes an der nordfriesischen Küste zu tun sei.

Eisenbahnerstreik im Westen.

Düsseldorf, 8. Januar. Der Eisenbahnerstreik besteht unverändert weiter. Der Güterverkehr stockt vollständig. Es werden nur Wagen mit leicht verderblichen Lebensmitteln befördert.

Remscheid, 8. Januar. Nachdem gestern im Wuppertal die Eisenbahner die Arbeit niedergelegt haben, sind nun in Remscheid und Lennep die Eisenbahner ebenfalls in den Ausstand getreten.

Essen, 8. Januar. Die Lage im hiesigen Bezirk ist noch ungeklärt. Von einem allgemeinen Ausstand kann noch keine Rede sein. Die Züge werden nach wie vor abgelassen, eine Gewähr, daß sie aus Ziel kommen und zurückkehren, wird nicht übernommen. Die größte Ausdehnung hat der Ausstand in Dortmund und Langendreer erreicht. Im Direktionsbezirk Elberfeld ist der Eisenbahnverkehr ebenfalls eingestellt.

Frankfurt a. M., 7. Januar. Zwischen sämtlichen Frankfurter Eisenbahnerorganisationen ist in Anbetracht der gemeinsamen Interessen bei der Eisenbahnerbewegung Frieden geschlossen worden. Die Organisationen wenden sich in einem gemeinsamen Aufruf an die Bevölkerung in der sie die Bewegung als Existenzkampf aller Eisenbahner bezeichnen.

Elberfeld, 8. Januar. Drei von der Belegschaft deutscher Eisenbahner, Sitz Elberfeld, einberufene größere Versammlungen in Köln, Aachen und Düren nahmen zu den schwebenden Gehalts- und Teuerungszulagen Stellung. In einer Entschließung wird anstatt der Gewährung einer gleichmäßigen Teuerungszulage von 150 v. H. aus sozialen Rücksichten folgende Abstufung gefordert: 175 v. H. Teuerungszuschlag für die unteren Einkommen, 150 v. H. für die mittleren und 100 v. H. für die höheren Einkommen.

Wünsche der deutschen Industrie.
Empfang des Präsidiums des Reichsverbandes beim Reichspräsidenten.

Berlin, 8. Januar. Der Reichspräsident empfing gestern das Präsidium des Reichsverbandes der Industrie. Der Verbandsvorsitzende, Dr. Sorge, zeichnete in längeren Ausführungen das Leben der deutschen Industrie und brachte die Wünsche der Industrie zum Ausdruck. Der Redner ersuchte den Reichspräsidenten, seinen ganzen Einfluß mit allem Nachdruck geltend zu machen, daß im neuen Jahre eine einheitliche und kraftvoll durchgeführte Produktionstätigkeit getrieben würde. Dr. Sorge fügte seinen Ausführungen noch hinzu, daß er sie nicht dahin aufzufassen bitte, daß darin Hoffnungslosigkeit und mangelnder Wille enthalten wäre.

In seiner Erwiderung sprach der Reichspräsident u. a. aus: Die Erfüllung der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes habe heute allen anderen Aufgaben vorauszugehen. Im Streben nach diesem Ziele sei die Reichsregierung entschlossen, jeder unberechtigten Arbeitsweigerung im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse der Arbeitnehmer selbst entgegenzutreten. Ich finde aber auch andererseits die Aufgabe darin, die berechtigten Forderungen der Arbeitgeber so zu erfüllen, wie es zur vollen Entfaltung der Gewerbe-Produktion erforderlich ist. Weiterhin könne ohne Gesundung unserer zerrütteten Finanzen die volle Entfaltung unserer Produktionsfähigkeit weder erreicht, noch wirksam werden; die finanzielle Lage erfordere gebieterisch durchgreifende Maßnahmen.

Darauf wurde in mehrstündiger Aussprache die wirtschaftliche Lage des Reiches nach den verschiedenen Richtungen erörtert. In der Produktionsfrage trat dabei eine weitgehende Uebereinstimmung zutage.

Heimkehr aus lettischer Gefangenschaft.

Königsberg, 8. Januar. Von dem die deutschen Interessen vertretenden Konsulat in Libau wurde seinerzeit den Memeler Behörden mitgeteilt, daß ein Transport von etwa 300 Deutschen nach Memel abgegangen sei. Nach 14tägiger Fahrt ist dieser Transport auf einem im Schlepp eines estnischen Dampfers befindlichen offenen Prahm in traurigem Zustand in Memel eingetroffen. Er besteht aus den von Letten gefangen genommenen Angehörigen der Pleßwetruppen sowie einer Anzahl Zivilpersonen, Frauen, Kindern und Säuglingen und etwa 20 deutschen Kriegsgefangenen aus Sibirien. 40 der vollständig mittellos Angelangten sind ernstlich erkrankt.

Vor einem Systemwechsel in der Verwaltung Oesterreichs?

Wien, 8. Januar. Der führende christlich-soziale Abgeordnete Seipel sagte in einer Wählerversammlung, daß im Laufe dieses Jahres in der Verwaltung Oesterreichs ein völliger Systemwechsel eintreten müsse, da die sozialdemokratischen Gedanken sich

nicht bewährt haben. Die Zukunft Oesterreichs müsse nach gut bürgerlichen Gedanken auf neuen politischen und wirtschaftlichen Grundlagen aufgebaut werden, wobei den Christlich-Sozialen ein größerer Einfluß zuzusichern sei, als bisher. Dann werde auch der Abbröckelungsprozeß der Länder aufhören. Die christlich-soziale Partei solle sich zum Kampfe vorbereiten.

Die neue Pariser Konferenz.

KFB. Depeschen aus Genf melden, daß die 2. Pariser Konferenz der Verbandsmächte ihre Beratungen am 9. Januar begonnen hat. Der englische Ministerpräsident Lloyd George ist in Begleitung der Minister Bonar Law, Lord Coursor, Balfour und Montagu zur Teilnahme an der Konferenz eingetroffen, und zu gleicher Zeit kam auch der italienische Ministerpräsident Nitti und der italienische Minister Scialoja in Paris an. Man nimmt an, daß auf dieser Konferenz zunächst die Adriafrage durch die Schaffung eines Freistaates Fiume gelöst werden soll und daß alsdann der Friedensvertrag mit der Türkei geregelt werden soll.

Frankreich will ein Bündnis mit Polen und den anderen slavischen Staaten abschließen.

KFB. Die schweizerische „Presseinformation" berichtet aus Paris, daß der Ministerpräsident Clemenceau erklärt habe, daß Frankreich ein enges militärisches Bündnis mit Polen, der Tschechei und Südslavien anstreben müsse, wodurch allein die Wacht im Osten gesichert werde. Es bestätigt sich, daß sich gegenwärtig militärische Vertreter Polens und Südslaviens in Paris befinden zu Verhandlungen wegen einer Militärkonvention mit Frankreich.

Die Lage in Rußland.

KFB. Alle Nachrichten aus Rußland melden, daß der Bürgerkrieg in Rußland noch fortdauert, und daß die Bolschewisten auch mit den Esländern weiter kämpfen. Laut einer Meldung des estländischen Generalstabes dauerte der Waffenstillstand mit den Bolschewisten nur ganz kurze Zeit und die Bolschewisten machten wieder furchtbare Angriffe gegen die estländischen Truppen an der Narwafront. Auch in Sibirien hatten die bolschewistischen Truppen neue Erfolge und sie sollen schon auf dem Wege nach Irkutsk sein. Die Verteidigung von Odessa hat General Schilling übernommen. Er will die Stadt so lange als möglich zu halten suchen.

Revolution und Bürgerkrieg in Bulgarien.

KFB. Wie aus Sofia durch Depeschen aus der Schweiz gemeldet wird, ist in einzelnen Teilen Ostbulgariens der Bürgerkrieg regelrecht ausgebrochen. In Sofia und Philippopel wurden die staatlichen Lebensmitteldepots gestürmt und ausgeraubt. Nach den aus Sofia in Paris eingegangenen Meldungen ist die revolutionäre Bewegung in Bulgarien sehr ernst zu nehmen. In Sofia wurde aber schließlich die Revolution durch einen Kampf der Soldaten mit den Revolutionären unterdrückt. Sofia erhielt eine starke militärische Besetzung.

Einigung der Parteien in Oesterreich.

KFB. Nach einer Meldung aus Wien gelang es in einem Ministerrate dem Staatskanzler Dr. Renner, nochmals die sozialdemokratische und christlich-soziale Parteileitung auf ein weiteres Arbeitsprogramm zu einigen, so daß die drohende Krisis als vertagt gelten kann. Die Einigung war allerdings nur durch Hinausschiebung der wichtigsten Fragen möglich.

Der Tod des letzten Ministerpräsidenten der österreichischen Monarchie.

KFB. Nach einer Wiener Meldung ist der angesehene österreichische Staatsrechtslehrer Hofrat Professor Dr. Heinrich Lammasch, letzter Ministerpräsident der Monarchie, im Alter von 67 Jahren in Salzburg gestorben. Als wissenschaftlicher Delegierter Oesterreich-Ungarns an den beiden Haager Friedenskonferenzen, mehr aber noch als Mitglied des Haager Schiedsgerichts und Vorsitzender dieses internationalen Gerichtshofes in mehreren großen verwickelten Streitfällen ist Lammasch als einer der ersten lebenden Völkerrechtsjuristen bekannt geworden.

Die Wiener Gefahr eine Gefahr für ganz Europa.

KFB. Die entsetzlichen Notstände in Wien haben in den Kreisen der Verbandsmächte nach den Pariser Zeitungen die Sorge erweckt, daß daraus eine Gefahr für ganz Europa entstehen könne, und daß man deshalb sofort Schritte unternehmen müsse, dieser Gefahr zu begegnen. Man fürchtet in Paris und London nicht nur die Folgen der entsetzlichen Notstände in Wien, sondern man hat auch die Sorge, daß sich in Wien und in Oesterreich wegen dieser Notstände ein Bolschewismus entwickeln könnte, und daß dieser Bolschewismus dann auch ganz Europa in Mitleidenschaft ziehen würde. Auch Amerika sollte helfen, die Gefahr in Oesterreich durch Lebensmittellieferungen zu beseitigen.

Ein neuer Schritt Wilsons zugunsten des Völkerbundes und des Friedensvertrages.

KFB. Nach einem Bericht der „New York Times" wird Wilson in der Botschaft, die bei einem demokratischen Diner verlesen wird, einen neuen Appell zugunsten des Völkerbundes erlassen. Man glaubt, daß die Botschaft den Anhängern des Völkerbunds Gelegenheit bieten werde, einen neuen Aufruf an das Land zu richten, damit es auf sofortige Ratifikation des Vertrages bestehe.

England will seinen Anteil am Handel mit Deutschland.

KFB. Der englische Minister Churchill hat in einer Rede über den Handel Englands mit Deutschland gesagt: Wenn Frankreich bereit sei, mit Deutschland Handel zu treiben, so dürften die Engländer nicht beiseite stehen. England müsse dafür sorgen, daß es seinen Anteil am deutschen Markte, der vor dem Kriege von so unendlichem Werte für die Wohlfahrt Englands gewesen sei, nicht verliert.

Die Präsidentenwahl in Frankreich.

KFB. Nach einer Depesche aus Paris ist am 3. Januar der französische Ministerrat zusammengetreten, um endgültig den Tag der Präsidentenwahl für die französische Republik festzusetzen. Es wird angenommen, daß die Präsidentenwahl am 17. Januar stattfinden wird, und daß wahrscheinlich der Ministerpräsident Clemenceau mit großer Mehrheit zum Präsidenten der französischen Republik gewählt werden wird.

Die Verbandsmächte wollen die deutschen Fabriken kontrollieren.

KFB. Nach einer Meldung der schweizerischen Depeschen-information aus Paris hätte der Fünferrat der Verbandsmächte beschlossen, daß den Kontrollkommissionen der Verbandsmächte, welche nach der Ratifikation des Friedensvertrages Deutschland besuchen werden, jederzeit Einblick in alle staatlichen und privaten Fabrikunternehmungen Deutschlands zu gewähren sei. Für Deutschland besteht dabei nur die Frage, ob diese Kontrolle der deutschen Fabriken vertragsmäßig zulässig ist.

Norwegische Heringssendungen für Deutschland.

KFB. Aus Christiania wird gemeldet, daß gegen 30 deutsche Schiffe mit Heringen beladen von der Westküste Norwegens am 7. Januar nach Deutschland abgefahren sind. Da nun schon öfters Mitteilungen über große Heringslieferungen aus Norwegen gemacht worden sind, aber nicht erfüllt wurden, so wird man auch dieses Mal wohl erst abwarten müssen, ob sich die neue Botschaft von den großen Heringslieferungen aus Norwegen bestätigt.

Lokales.

?? Ramslau, 12. Januar. (Elternbeiräte an Schulen.) Nach einem Erlaß des Herrn Ministers für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung sind an allen Schulen, sowohl den höheren wie den niederen, Elternbeiräte zu bilden. Wie es in diesem Erlasse heißt, sollen die Elternbeiräte der Förderung und Vertiefung der Beziehungen zwischen Schule und Haus dienen. Der Elternbeirat setzt sich zusammen aus den Vertretern der Eltern der Schüler. Ein Mitglied scheidet aus, wenn sein Kind die Schule verläßt. Gewählt wird der Elternbeirat in geheimer Verhältniswahlstimmwahl. Auf 50 Kinder einer Schule kommt immer ein Mitglied, die Mindestzahl beträgt aber 5. Die Wahl erfolgt auf zwei Jahre. Der Leiter und die Lehrer der Schule nehmen in der Regel an den Sitzungen der Elternbeiräte mit beratender Stimme teil, doch kann der Elternbeirat auch ohne ihre Zuziehung tagen. Die erste Einberufung geschieht durch den Schulleiter. Nach erfolgter Wahl beruft der Vorsitzende den Elternbeirat nach Bedarf, mindestens aber einmal im Halbjahre ein. Die Tätigkeit des Elternbeirats ist beratender Natur. Sie erstreckt sich auf Wünsche und Anregungen des Elternkreises, die sich auf den Schulbetrieb, die Schulzucht und die körperliche, geistige und sittliche Ausbildung der Kinder beziehen. Alle Beschlüsse des Elternbeirats sind dem Lehrkörper der Schule mitzuteilen. In Verbindung mit dem Lehrkörper beruft der Elternbeirat Gesamt-Elternversammlungen ein, um wichtige Fragen durch Vorträge und Aussprachen klarzustellen. — Das Wahlrecht steht den Eltern sämtlicher die Schule besuchenden Kinder zu. Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme. Der Schulleiter stellt die Liste der Wahlberechtigten auf. Vier Wochen vor der Wahl wird eine Elternversammlung einberufen; eine zweite derartige Versammlung findet zwei Wochen vor der Wahl statt, in welcher der Wahlvorstand zu wählen ist. Die Wahlen erfolgen durch persönliche Abgabe von verdeckten Stimmzetteln. Das Wahlergebnis ist sofort nach beendeter Wahl festzustellen und dem Schulleiter mitzuteilen. Einsprüche gegen die Wahl sind binnen zwei Wochen zulässig. Als Wahltag für die Volksschulen ist, wie die „Lokomotive" mitteilt, von der Regierung zu Breslau Sonntag, der 29. Februar 1920, festgesetzt worden.

△ (S. C. „Preußen.) Unter Vorsitz des Herrn Kastner waren die Mitglieder des S. C. „Preußen" im Schwuntel'schen Lokale zur Generalversammlung versammelt. Aus dem vom Spielwart Herrn Paul Breßler erstatteten Spielbericht war zu ersehen, daß im vergangenen Jahre 39 Spiele stattfanden. Die Zahl der gewonnenen Spiele betrug 18, der verlorenen 19, unentschieden blieben 7 Spiele. Faustballwettspiele waren 5, die alle gewonnen wurden. Am Sommerfeste des S. C. „Preußen" fiel diesem der zweite Preis zu. — Hierauf verlas der Zeugwart Herr Karl Breßler das Inventarverzeichnis; die Geräte repräsentieren einen Gesamtwert von etwa 1400 Mark. Laut Kassenbericht, erstattet von Herrn Schwuntel, betrugen die Ausgaben im vergangenen Jahre 1897 Mark. Da bei der Prüfung der Rechnungen, Belege usw. sich nichts zu erinnern gefunden, so wurde dem Rechnungsleger Entlastung erteilt. Nun erfolgte die Vorstandswahl. Herr Kastner übergab die Leitung dem ältesten Mitgliede Herrn Schwuntel, auf dessen Vorschlag Herr Kastner, der sich um den Sportklub sehr verdient gemacht hat, durch Zuruf wiedergewählt wurde und die Wahl auch annahm. — Unter seiner Leitung erfolgte die Wahl der anderen Vorstandsmitglieder. Es wurden durch Stimmzettel wieder- bezw. neu gewählt: die Herren R. Jäschke (2 Vorsitzender), Bönninghausen jun. (1. Schriftführer), Ptortz (2. Schriftführer), Gornig (Sportwart), Paul Breßler (stellv. Sportwart), Karl Breßler (Zeugwart), Albert Sosnitza (Spielführer 1. Mannschaft), Albert Kirchner (Spielwart 2. Mannschaft), Schwalzer (Spielwart 3. Mannschaft), Mertin (Platzmeister), Musiklehrer Reichelt, Dentist Weiffenbach und Otto Mende (Beisitzer). — Die Gewählten nahmen, soweit sie anwesend waren, die Wahl an. — Hierauf wurde an Stelle des Beisitzers im Gau Oels des S. O. F. Herrn Bönninghausen jun., der dieses Amt niedergelegt, Herr Zaun gewählt, der sich zur Annahme der Wahl auch bereit erklärte. Nachdem nun noch einige Anträge pp. ihre Erledigung gefunden, schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Ein Kommers hielt dann die Anwesenden noch einige Zeit zusammen.

= (Fahrplanänderung.) Vom 10. d. M. ab wird Sonntags der hier um 818 ankommende Zug 342 — ab Ramslau 832 — bis Oels durchgeführt. Desgleichen verkehrt von Oels der Gegenzug 349 — an Ramslau 759, ab 805. — Der Wochentags nach Carlsruhe verkehrende Zug 1264 — ab Ramslau 803 — hat vom selben Tage Anschluß nach Oppeln, woselbst er 955 ankommt.

Der Schlesische Landbund und die Zwangswirtschaft.

Häufig hört man in den Konsumentenkreisen die Ansicht äußern, der Schlesische Landbund wolle eine sofortige Beseitigung der gesamten Zwangswirtschaft. Das trifft nicht zu, ist im Gegenteil ein unlauteres Kampfmittel, welches die Feinde der Landwirtschaft immer wieder anwenden, um in den weitesten Kreisen der Stadtbevölkerung gegen den Schlesischen Landbund zu agitieren. Der Schlesische Landbund will — wie er in seinem Programm sagt — durch sachgemäßen Abbau und endliche Aufhebung der Zwangswirtschaft der werktätigen Bevölkerung die notwendigen Lebensmittel zu billigeren Preisen liefern, als es bisher im Hinblick auf den Schleichhandel und den Wucher und bei dem heutigen Stande der Markvaluta die Bezug aus dem Auslande möglich gewesen ist. Der Schlesische Landbund weiß sehr wohl, daß durch eine sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft die Ernährung des deutschen Volkes katastrophal zusammenbrechen würde. Die für die Ernährung des deutschen Volkes notwendigen Lebensmittel müssen auch weiterhin, bis eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage eingetreten ist, unbedingt sichergestellt werden; aber alles, was darüber hinaus vorhanden ist, gehört in den freien Handel. Der Schlesische Landbund verlangt ferner, daß von maßgebender Stelle keine Verfügung, die Zwangswirtschaft betreffend, erlassen wird, bevor nicht die berufenen Vertreter der Landwirtschaft gehört worden sind. Der Schlesische Landbund steht also hinsichtlich der Aufhebung der Zwangswirtschaft auf einem ganz anderen Boden als z. B. die „Frankfurter Zeitung", wo es in einem langen Artikel über dies Thema (4. September 1919) zum Schluß heißt: „Es kann darum nur eine Parole geben: Schleunigster Abbau der Zwangswirtschaft!" Der Schlesische Landbund hat immer: nicht das Schleunige, sondern das Sachgemäße hervorgehoben.

W. V. N.

In letzter Zeit werden die Plätze an den Ställen an der Stadtmühle und an der Turnhalle durch Abladen von Dünger, Schutt und Abfällen stark verunreinigt.

Wir warnen davor, die Plätze weiter als Ablagerplatz zu benutzen und werden gegen Zuwiderhandelnde mit Strafen vorgehen.

Ramslau, den 7. Januar 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Ramslau, den 6. Januar 1920.

Lieferprämien für Ablieferung von Brotgetreide.

Die R. G. hat angeordnet, daß um eine restlose Ablieferung der geernteten Getreidemengen zu gewährleisten, den Erzeugern bei der Ablieferung von Brotgetreide und Gerste Lieferprämien gewährt werden und zwar an alle diejenigen Erzeuger, die mindestens 70 vom Hundert des ihnen aufgegebenen Liefersolls in Brotgetreide und Gerste erfüllt haben. Es werden folgende Prämien gezahlt werden:

bei einer Ablieferung von wenigstens 70 vom Hundert des aufgegebenen Ablieferungssolls 2 M. je Ctr.,
bei einer Ablieferung von wenigstens 80 vom Hundert des aufgegebenen Ablieferungssolls 4 M. je Ctr.,
bei einer Ablieferung von wenigstens 90 vom Hundert des aufgegebenen Ablieferungssolls 6 M. je Ctr.,
bei einer Ablieferung von wenigstens 95 vom Hundert des aufgegebenen Ablieferungssolls 8 M. je Ctr.,
bei einer Ablieferung von wenigstens 100 vom Hundert des aufgegebenen Ablieferungssolls 10 M. je Ctr.,
bei einer Ablieferung von wenigstens 105 vom Hundert des aufgegebenen Ablieferungssolls 12,50 M. je Ctr.,
bei einer Ablieferung von wenigstens 110 vom Hundert des aufgegebenen Ablieferungssolls 15 M. je Ctr.

Die Berechnung der Prämien erfolgt für Brotgetreide und Gerste gesondert und zwar rückwirkend und gelangt zur Auszahlung, sofern die näheren Ausführungsbestimmungen der Reichsgetreidestelle vorliegen.

Es ist Pflicht eines jeden Besitzers, mit allen Mitteln bestrebt zu sein, auch den letzten Ctr. der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, um die außerordentlich schwierige Ernährungsfrage zu bessern.

Gapur, Landrat.

Ramslau, den 6. Januar 1920.

Kartoffelhöchstpreise und Prämien für Ablieferung von Kartoffeln.

Die Reichskartoffelstelle hat angeordnet, daß mit der Wirkung vom 15. Dezember 1919 ab eine Ablieferungsgebühr von 2,75 Mark pro Zentner Kartoffeln gezahlt wird. Die bisher gezahlten Zuschläge (Schnelligkeitsprämien und Anfuhrprämien) kommen in Fortfall. Der Kartoffelpreis beträgt somit vom 15 Dezember 1919 ab 7 Mark für den Zentner als Grundpreis und 2,75 Mark Aufbewahrungsgebühr, insgesamt 9,75 Mark für den Zentner.

Weiterhin hat die Reichskartoffelstelle angeordnet, um eine restlose Ablieferung der geernteten Kartoffeln zu ermöglichen, daß dem Erzeuger besondere Lieferprämien gewährt werden. Diese Lieferprämien werden gezahlt, sofern die Hälfte des aufgegebenen Liefersolls erfüllt ist,

für jeden über die Hälfte bis 60 vom Hundert abgelieferten Zentner 2,50 Mark,
für jeden über 60 bis 70 v. H. abgelieferten Zentner 2,50 Mk.
für jeden über 70 bis 80 v. H. abgelieferten Zentner 3,00 Mk.
für jeden über 80 bis 90 v. H abgelieferten Zentner 3,50 Mk.
für jeden über 90 bis 100 v. H. abgelieferten Zentner 4,00 Mk.
und für jeden über 100 Prozent abgelieferten Zentner 5,00 Mk.

Die als Saatkartoffeln gelieferten Mengen werden bei der Berechnung der Prämien insofern angerechnet, als die Ablieferungsmenge von Speisekartoffeln mehr als 50 vom Hundert des Liefersolls beträgt. Die Zahlung der Prämien erfolgt vom Kommunalverband und zwar rückwirkend, sofern der betreffende Besitzer sein Quantum restlos abgeliefert hat und die restlose Ablieferung persönlich oder durch eine Postkarte der Kreiskartoffelstelle anzeigt.

Ich richte an alle Besitzer angesichts der Notlage in der Ernährung der Bevölkerung die wiederholte dringende Bitte, mit allen Kräften bemüht zu bleiben, jeden verfügbaren Zentner Kartoffeln der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen und ich weise darauf hin, daß durch Einführung des Prämiensystems den Wünschen nach ausreichender Bezahlung in jeder Weise Genüge getan ist.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Gapur, Landrat.

Sicherheitspolizei Mitteldeutschland

(Halle, Erfurt, Weißenfels)

stellt noch **Unteroffiziere und Mannschaften** als

Beamte

ein. Nähere Auskunft: **hier, Landratsamt, Zimmer 16.**

Höchstpreise für gemahlenen Zucker.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 30. 9. 1918 (R. G. Bl. S. 1217) über den Verkehr mit Zucker wird für den Umfang des Kreises Namslau unter Aufhebung der Anordnung vom 24. Oktober 1919 (Namslauer Kreisblatt Nr. 85 vom 25. Oktober 1919) folgendes bestimmt:

§ 1.

Der Zuckerhöchstpreis für 1 Pfd. gemahlenen Zucker beträgt bei Abgabe an den Verbraucher **1,26 Mk.**

§ 2.

Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 8. April 1918 wegen Preistreiberei (R. G. Bl. S. 395) bestraft.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit dem 12. Januar 1920 in Kraft.

Namslau, den 10. Januar 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Sayur, Landrat.

Jüngere, männliche Schreibhülfe

möglichst bald gesucht. Meldungen Zimmer 22.
Kreisausschuß. Dr. Sayur, Landrat.

Männer-Gesang-Verein.

Donnerstag, den 15. Januar, abends 8 Uhr

General-Versammlung

bei Herrn Jakob.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Rechnungslegung.
3. Vorstandswahl.
4. Satzungsänderung, Erhöhung der Beiträge.
5. Anträge. — Solche müssen vor der Versammlung dem Vorstande schriftlich vorgelegen haben.

Der Vorstand.

Statt Karten.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Toni** mit dem Wirtschafts-Inspektor Herrn **Walter Jänich** beehren wir uns hiermit ergebenst anzuzeigen.

Fritz Tatschke, Hotelbes. und **Frau Eugenie** geb. Rother.

Namslau, im Januar 1920

Toni Tatschke
Walter Jänich
Verlobte

Namslau — Ober-Wilkau

Für die uns anläßlich unserer **Vermählungsfeier** erwiesenen Aufmerksamkeiten

danken wir herzlichst.

Strehlitz, im Januar 1920.

Wilhelm Golibrzuch und **Frau Auguste** geb. Bürger.

Sonntag Abend 8 Uhr verschied sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Grossvater, der

Stellenbesitzer u. Stellmachermeister

Karl Niebisch

im 57. Lebensjahre.

Ellguth, den 11. Januar 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Donnerstag nachm. 2 Uhr vom Trauerhause aus.

Am 9. Januar d. Js, nachm. 4 Uhr verschied nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Grossvater, Bruder, Onkel und Vetter, der frühere

Gasthausbesitzer

Ernst Stirnagel

im Alter von 61 Jahren

Dies zeigt hiermit im Namen aller Hinterbliebenen tiefbetrübt an

Strehlitz, im Januar 1920

Susanna Stirnagel.

Beerdigung Dienstag nachm. 2 Uhr.

Am 8. Januar verschied der Ehrenvorsitzende und Mitbegründer unseres Vereins,

Herr Rentier

Hermann Land

im 84. Lebensjahre.

56 Jahre hat er unserem Verein die Treue gehalten und ihm, längere Zeit auch als Vorsitzender, wichtige Dienste geleistet. Sein Gedächtnis wird bei uns unvergessen bleiben.

Namslau, den 12. Januar 1920.

Der evang. Männer- und Jünglingsverein.
Fuhrmann.

Am 8. Januar 1920 ist im ehrenvollen Alter von 83 Jahren

Herr Rentier

Hermann Land

gestorben.

Derselbe war nahezu 50 Jahre Mitglied unserer Vereinigung, davon fast die Hälfte als oberältester Leiter derselben und hat in dieser Zeit seine Kräfte in selbstloser Weise in den Dienst unserer Sache gestellt.

Ein dauerndes Andenken wird ihm über das Grab hinaus auf immer von uns gewidmet sein.

Alte Herren-Zeche.

Winter-Vergnügen

des Eisenbahnvereins Namslau

am 17. und 24. Januar 1920
im Grimmschen Saale. Beginn 5 Uhr.
Nur für Mitglieder und geladene Gäste.

Prolog.

Die Stieselnot in Brummstättel.
Ein heiteres Spiel aus ernster Zeit in einem Aufzug von Hermann Marcellus.

Memento mori (denk an den Tod).
Schwank in einem Akt von Karl Siber.

Tanz.

Freitag, den 16., abends 7 Uhr: Generalprobe in Grimm's Hotel.
Eintritt, auch für Nichtmitglieder, für Erwachsene 1,— Mk., für Kinder 50 Pfg.

Namslauer Lichtspiele.

Grimms Hotel.

Mittwoch, den 14. Januar 1920, 8 Uhr.
Musik von Herrn Bochnig.

Mester-Woche.

Das wandernde Auge.

16. Abenteuer des berühmten Rat Anheim.
Verfaßt von William Kahn.

Karlchen auf der Brautschau.
In der Hauptrolle Karl Viktor Plagge.

Lehmdrahtbauten, D. R. P.

Alleiniger Lizenzberechtigter für den Kreis Namslau
Hofmaurermst. Fritz Türke, Bernstadt.

Bitte eingegangene **Offertenbriefe** abholen:
B. 100, H. M. 27, W. H. 179, M. 777, S. 20, G. 100, F. H.

Die Expedition des „Namslauer Stadtblattes".

Freiwillige Versteigerung

am Donnerstag, den 15. d. Mts., von 10 Uhr ab im evangelischen Schulhause zu Reichthal:

Waschtische, Bettstellen, Schrank, Tisch, Stehpult, Kindermöbel, Stoßschlitten, Sport- und Puppenwagen, Spielsachen, Kleidungsstücke, Hobelbank, Badewanne, Kaninchenstallung u. Kaninchen, Drahtgeflecht, Rosen, Beeren- und Ziersträucher, Frühbeetfenster, Zementbassin u. anderes.

Lehrer Matzel.

Am **Donnerstag, den 15. Januar, vorm. 11 Uhr** werde ich im **Gasthaus „zur Eisenbahn"** (G. Stanneck) in **Reichthal**

meine Dzillik-Wiesen und Acker, ca. 7 Morgen,
den Dzial-Acker, ca. 4 Morgen
und einen gebrauchten gedeckten Wagen

öffentlich meistbietend verkaufen.

L. Miosge.

Fast neuer Leiterwagen,

Handschmiedearbeit, 2 m 20 cm lang, zirka 20 Zentner Tragkraft, steht zum Verkauf bei

J. Schneider, Seilerei, Wilhelmstr. 2.

Taubstummer Möbeltischler, 21½ J. alt (schwerhörig), 162 cm groß, kräftig, blond, sucht mit gut. anständigen Mädchen 17—19 Jahr alt, vom Lande (Landwirtstochter), in Verkehr zu treten, zwecks späterer Heirat, das leicht vom Mund ablesen kann. Gefl. Zuschrift mögl. mit Bild u. **A. 100** Exped. d. Ztg.

Die Herrn Geschäftsführer **F. Hoffmann** zugefügte Beleidigung nehme nach schiedsmännischem Vergleich hiermit zurück. **Paul Haselbach.**

Die gegen Familie Oskar Tiesler im Inserat vom 28. Oktober 1919 ausgesprochene Beleidigung nehme ich zurück, da ich zu ihr keinen Grund hatte.
Feige.

R. Koschwitz,

Konditorei u. Kaffee,
Inh. W. Koschwitz,
empfiehlt neu eingetroffenes

ff. Schokoladenkonfekt.

Große Auswahl in

Schweiz. Schokoladen,
Kohler, Cailler, Sprüngli,
Menthol-Bonbons,
das Beste gegen Husten und Heiserkeit.

Kakao.

Verkaufe m. Wirtschaft

mit totem und lebendem Inventar, sowie mit 18 Morgen Acker.

Kirsch, Herzberg.

Keuchhusten!

Eine wunderbare Hilfe bei Keuchhusten ist Apotheker Rattelhubers combinierte Keuchhustenkur. Bestens bewährt! Fast nie versagend! Preis Mk. 6,75 franko! Allein durch

Hofapotheke Hechingen (Hohenz.)

Suche

Briefmarken-Sammlung,

bessere, möglichst alte, zu kaufen. Offerten unter **F. R. 333** an die Exp. d. Bl.

Ein guterhaltenes

Bandonium

leicht lernbar, mit Schule billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Ztg. u. **K. 400.**

Stangenspargel, mittel-, stark,
Gemüse-Erbsen,
Junge Erbsen,
fein und mittelfein,
Junge Schnittbohnen
in 2 Pfund Dosen,
Valencia Apfelsinen,
Bosnische Pflaumen
empfiehlt
Robert Bagusche Nachf.
Inh.: Gustav Wendrich.
Telefon 283.

Hühneraugen

Hornhaut, Ballen u. Warzen beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit

Kurikol. In vielen tausend Fällen glänzend bewährt. Preis M. 1,60.

Allein echt:
Oscar Tietze.

---

1 Militär-Mäntel

verloren. Abzugeben in der Exped. d. Bl.

Bürolehrling,

Sohn achtbarer Eltern, ab 1. 4. gesucht. Meldungen an
Fritz Tartenna,
Architekt und Maurermeister,
Namslau, i. Schl.

Lehrling oder Lehrmädchen

per sofort oder 1. April unter günstigen Bedingungen gesucht.
Kaufhaus W. Glaser.

Gewandtes Mädchen, 18 J., sucht Stellung als
2. Stubenmädchen
auf Landschloß. Off. u. **H. 52** Exped. d. Bl.

Für meinen Haushalt suche für bald ein ehrliches tüchtiges

Mädchen.

Paula Mindner, Gärtnerei, Hundsfeld bei Breslau.

Suche für bald ein

anst. Dienstmädchen.

Gasthausbesitzer **Schulz,** Wilhelmstr.

Ein- bis 2-Zimmerwohnung,

möbliert oder unmöbliert, zum Preise bis 100 M. monatlich, für sofort gesucht. Off. an die Exp. d. Bl. erbeten.